

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

Berlin, Freitag, den 5. Mai 1893.

† Die Rede des Reichskanzlers

vom ersten Tage der zweiten Lesung über die Militärvorlage führte noch ein Mal die hauptsächlichsten Gründe vor, aus denen die Verstärkung der Wehrkraft mindestens in dem im Antrage Huene vorgeschlagenen Maße unbedingt nothwendig ist. Fassen wir hier Punkt für Punkt in kurzen Sätzen zusammen, was der Reichskanzler in einstündiger Rede ausführte:

1. Nicht ein einziger General, nicht ein einziger Generalstabsoffizier, der berufen ist, dem künftigen Kriege voraus zu denken, ist der Meinung, daß die gegenwärtige Heeresstärke für die Gefahr ausreicht. Ist es berechtigt, an ihrem fachmännischen Urtheil, an ihrer Autorität zu zweifeln? Die Männer, die jetzt wieder reorganisiren wollen, haben eine so große Kriegserfahrung hinter sich, daß sie wohl Vertrauen beanspruchen können.

2. Die Diplomatie kann nur den Frieden wahren, wenn sie sich auf eine entsprechende Kriegsmacht zu stützen vermag. Es wäre eine leichtfertige kriegerische Organisation, die davon ausginge, daß wir stets diplomatische Größen, wie sie gleich dem Fürsten Bismarck in den Jahrhunderten selten vorkommen, an der Spitze der Geschäfte hätten.

3. Moltke, die größte militärische Autorität, hielt schon 1879 unsere Streitkräfte gegen Frankreich nur für ausreichend, um uns wirksam vertheidigen zu können. Seitdem hat Frankreich sein Heer in noch höherem Maße vervollkommenet als wir. Das Vertheidigen (die Defensibe) bedeutet den Krieg im eigenen Lande. Unser Land ist im Kriegsfall nur durch den Angriff (die strategische Offensibe) zu schützen. Man weiß in Ostpreußen seit den Tagen bei Friedland und Ohlau, in Danzig von zwei Belagerungen am Anfang des Jahrhunderts her, in der Pfalz mit ihren leblosen Zeugen grausamster Verwüstungen heute noch, was die Schrecken des Kriegs im Lande bedeuten. Auf die Defensibe beschränkt sein, heißt Elsaß-Lothringen, heißt das weite offene Gebiet im Osten dem Feinde preisgeben.

4. Sachlich sind die Vorschläge der Militärverwaltung in keinem einzigen Punkte widerlegt, in den wichtigsten kaum zu widerlegen versucht worden. Der Haupteinwand war, daß wir zu arm seien, um die finanzielle Last zu tragen. Daß dies eine maßlose Uebertreibung ist, haben alle angesehenen Volkswirtschaftslehrer bewiesen und selbst freisinnige unummunden zugegeben. Ob die vorgeschlagenen Reichssteuern die besten und zweckmäßigsten sind, mag man als offene Frage betrachten. Ferner der Militarismus! Das ist derselbe lahme Gaul, der schon während des Militärkonflikts nach 1860 immer wieder vorgeritten wurde. Wäre es nach diesem Schlagwort gegangen, so gäbe es kein deutsches Reich. Der Gaul ist heute noch so lendenlahm wie damals. Endlich hat man sich auf die allgemeine Verstimmung im Lande berufen. Darf man aber warten, bis gutgelaunte Wählermassen nach der Militärvorlage verlangen? Dann wäre es sicher zu spät, und sind nicht dazu die berufenen politischen und militärischen Sachverständigen da, daß sie zur rechten Zeit vorsorgen und Aufklärung verbreiten? Entscheidend ist die Stimmung am ersten Mobilmachungstage. Dann muß die Nation, müssen unsere jungen Krieger und Wehrmänner die Ueberzeugung haben: „es ist alles geschehen, was möglich war, nun voran mit Muth und Gottvertrauen!“ Dann wird eine volle Patronentasche mehr werth sein als ein voller Beutel, dann werden die Kriegsdepeschen den Kurszettel machen. Was wir jetzt am Gelde sparen, werden sie dann mit dem Blute zahlen, und was wir jetzt in der Anspannung unserer Kraft thun, das sparen wir dann an Geld und Blut.

5. Was ist die nothwendige Folge des Scheiterns der Vorlage? Zunächst eine Verschlechterung unserer politischen

Lage durch den Eindruck unserer Schwäche im Auslande, Hohnlachen der feindlichen französischen Presse über den deutschen Patriotismus, die Versuchung unserer Gegner, leichter mit uns anzubinden, als bisher geschehen. Trotz aller unberechtigten und berechtigten Verstimmung, trotz alles künstlich gemachten und begreiflichen Mißbehagens, trotz aller parteiischen Wirren müssen die verbündeten Regierungen einen schweren Wahlkampf unternehmen; denn die Sicherheit des Reichs ist gefährdet, die Zukunft Deutschlands steht auf dem Spiele!

Um innere Erschütterungen zu verhüten, ist der Kaiser bis zur äußersten Grenze gegangen, indem er seine Zustimmung zu dem Antrag Huene in Aussicht gestellt hat. Die Verantwortung, wenn die Verstärkung der Wehrkraft erst nach vielleicht tiefen Erschütterungen im Innern erkämpft werden müßte, trägt allein der Parteigeist und die Oppositionssucht in diesem Reichstage!

† Die Partei und nicht das Vaterland!

Bei den sogenannten Septennatwahlen im Jahre 1887 fand ein Gedicht von Johannes Trojan großen Anklang, das in jeder Strophe mit den Worten schloß: „Das Vaterland, nicht die Partei!“ In ungezählten Wahlreden kehrten die Worte wieder, man konnte sie geradezu als Wahlparole bezeichnen. Wieder steht unter dem Drucke der großen Anstrengungen, die Frankreich inzwischen für sein Heerwesen gemacht, eine neue Verstärkung und Verjüngung unserer Feldarmee auf der Tagesordnung, wieder machen sich Parteirichtungen geltend, die zur Erinnerung an das über allen Sonderinteressen stehende Vaterland herausfordern.

Am 3. Mai verlas der Reichskanzler im Reichstage folgende Stelle aus einer Rede des Centrumsabgeordneten Dr. Lieber nach dem Berichte des „Beobachters am Main“:

„Lassen Sie es mich einmal öffentlich aussprechen, meine Freunde! Selbst wenn alle Forderungen der verbündeten Regierungen in dieser Militärvorlage politisch und militärisch berechtigt und vollbegründet wären, so ist meiner Meinung nach der Fortbestand einer Partei wie das Centrum, so wie es jetzt ist, für das deutsche Reich immer noch wichtiger als die Berechtigung der Militärvorlage.“

Hierzu bemerkte der Reichskanzler: „Das übersehe man einmal in das Deutsche: es ist mir ganz egal, ob die Russen in Berlin und die Franzosen in München stehen, wenn nur die Centrumspartei noch existirt. Ich will dem Herrn Redner nicht zu nahe treten. Vielleicht wird er aber später in der Lage sein, mir den Kern von Patriotismus, der in dieser Aeußerung etwa liegen könnte, herauszuschälen. Mir ist es nicht möglich gewesen, ihn zu finden.“

Jedem anderen Leser von Einsicht und Patriotismus wird es gerade so gehen, wie dem Reichskanzler: der patriotische Kern ist nicht zu finden, wenn ein Redner mit nackten Worten verkündet, der Fortbestand einer Partei sei unter allen Umständen wichtiger als eine Vorlage zur Sicherung des Reichs nach außen, auch wenn deren politische und militärische Nothwendigkeit nachgewiesen sei. Das ist ganz gleichbedeutend mit einer Parole, die lautet: Die Partei und nicht das Vaterland! Es ist der Gipfel der Parteisucht, die Verneinung des vernünftigen und höchsten Zweckes jeder patriotischen Partei, nämlich dem Vaterlande zu dienen.

Sollte es so weit kommen, daß in der deutschen Nation nicht mehr der Gedanke siegreich bleibe: „Das Vaterland, nicht die Partei?!“

Offensive und Krieg im Lande.

Der Abg. Richter hatte als „Civilmotte“ dem Reichskanzler über den Werth der Offensive Belehrungen zu ertheilen versucht. Mit Berufung auf die Vortheile, die es biete, wenn man sofort angriffsweise vorgehen und den Kriegsschauplatz bestimmen könne, sei jede Verstärkung der Wehrkraft zu rechtfertigen u. s. w. Dieser Einwand geht jedoch gänzlich daneben; denn es handelt sich darum, daß das deutsche Heer nicht von vornherein in die Defensive gedrängt sei, und darüber entscheiden eben Zahl und Organisation. Diesen Gedanken des Reichskanzlers hatte der Abg. Richter nach seiner kunstfertigen Art in die Luft geworfen und als etwas ganz anderes wieder herunterkommen lassen.

Der Reichskanzler wies das Kunststück zurück, und erläuterte von Neuem, was denn die Defensive d. h. der Krieg im eigenen Lande bedeute und zwar nicht bloß wegen der Ueberschwemmung mit feindlichen Heeren, sondern auch wegen der schweren Nachtheile, die die eigenen Truppen dem Lande auferlegen müssen.

„Daß der Verkehr da aufhört, daß der Handel und Wandel still steht, ist ja klar. Aber auch weiter: Wenn wir genöthigt wären, im eigenen Lande Krieg zu führen, würden wir nicht viel anders verfahren können, als wir in Frankreich verfahren haben. Wir sind sehr human gewesen, aber die Truppen müssen leben, sie müssen untergebracht werden; wenn die Räume den Einwohnern weggenommen werden müssen, so läßt sich das nicht ändern, und wenn das letzte Brot ihnen genommen wird, läßt es sich wieder nicht ändern. Das Erste ist im Kriege, die Truppe leistungsfähig zu erhalten, und Weichherzigkeit ist am falschen Fleck, wo der Erfolg, der Sieg, das Dasein des Staates auf dem Spiele steht. Und das ist im Kriege der Fall. Wir können nicht umhin, im eigenen Lande einzuquartieren und zu requirieren, wir würden nicht umhin können, Kunstbauten zu zerstören und Werthe zu vernichten, die wieder herzustellen lange Jahre erfordern würde. Also ich führe das nur an — ich könnte, wenn ich aus der Kriegsgeschichte Beispiele greifen wollte, wie der Krieg in dem eigenen Lande verfährt, in ganz anderen Farben malen, ich verzichte darauf —, ich will Ihnen nur ans Herz legen, sich zu vergegenwärtigen, daß der Krieg im eigenen Lande unter allen Umständen etwas unendlich Schweres ist, was man besser zu vermeiden sucht, und das kann man nur durch die Offensive, wenn man den Krieg auf den feindlichen Boden trägt; wenn man da stehen bleibt, bis der Feind kommt, steht man eben auf dem eigenen Boden und hat den Krieg im eigenen Lande.“

Preßstimmen zur politischen Lage.

Unter dem Eindrucke, daß ein Theil der freisinnigen Partei mannhaft entschlossen sei, sich dem Kommando des Abg. Richter zu entziehen und die Wehrfrage zu einem guten Ende führen zu helfen, schrieb die mit der freisinnigen Partei sympathisirende Weserzeitung:

„In der That haben sich bei den Freisinnigen und im Zentrum gemäßigtere Männer aufgerafft und, dem allgemeinen Zuge ihrer Fraktionen entgegen, sich die Verständigung mit der Regierung offen gehalten. Sie werden dafür viel wohlverdiente Anerkennung finden, und zwar gerade in den Kerntruppen ihrer eigenen Partei. Denn es ist sicher, daß in diesen Parteien, d. h. in der überzeugungstreuen Wählerschaft derselben große Neigung vorhanden ist, der Regierung weit entgegen zu kommen. Die Schwere der Gründe, welche eine Erhöhung der Sicherheit Deutschlands verlangten, konnte nicht verkannt werden, so schmerzlich auch die neuen Lasten sein werden, so sehr der abermalige Anspruch an die Steuerfähigkeit auch die produktiven Aufgaben der Bürger und des Staats hindern werden. Diese Gesinnungen sind nur nicht so sehr zum Ausdruck gekommen, weil man die Verantwortung über den Gang der Dinge den Abgeordneten überlassen mußte und diese auch die Aufgabe hatten, die Regierungsforderung von allen irgend überflüssigen Bestandtheilen zu reinigen. Aber jetzt wird sich eine Zustimmung in Kreisen geltend machen, von denen man es nicht erwartet hätte. Die gebieterische Nothwendigkeit, stärker zu bleiben als Frankreich, durchbricht schließlich alle Schranken.“

Als am Donnerstag freisinnige Berliner Blätter gemeldet hatten, mit der Trennung von 12—15 Abgeordneten von der Partei sei es nichts, die Abtrünnigen seien wieder auf die Richterseite gefallen, weil eine Mehrheit für den Antrag Huene nicht vorhanden sei und sie doch nur in

der Mehrheit stimmen wollten, schrieb zu diesem unvergleichlichen Beweggrund die Nationalzeitung:

„Unglaublich, aber dem Anschein nach wahr! Zu einem derartigen Opportunismus hat es eine „Mittelpartei“ noch niemals gebracht. Also man will für eine Maßregel von solcher Bedeutung, wie seit Jahrzehnten keine in Frage stand, stimmen, wenn man es in einer Mehrheit thun kann; und man macht sich, wenn letzteres nicht zu erreichen ist, bereit, diese selbe Maßregel vor den Wählern zu bekämpfen? Wie die letzteren eine solche Politik beurtheilen, das wird sich ja zeigen.“

Die Köln. Ztg. beschäftigt sich vor der Entscheidung mit den notwendigen Folgen des Scheiterns der Vorlage und der Reichstagsauflösung:

„Die Schäden, die nach Urtheil aller Kenner Handel und Wandel erleiden dürfte, kann man nicht annähernd voraussehen. Doch noch schlimmer sind die Folgen, welche die Verwerfung der Vorlage im Auslande haben müßte. Jahrelang hat man den deutschen Generalstab als Muster aller derartigen Organisationen gepriesen und seine rastlose Arbeit gerühmt; um unser Offizierkorps beneiden uns alle Heere. Jetzt kann man im Reichstag ungestraft gegen die Offiziere die gemeinsten Verleumdungen schleudern und in den Kommissionssitzungen erklärt mit überlegener Sachkenntniß Herr Richter einfach alle Angaben der militärischen Vertreter über die Verhältnisse der fremden Armeen für unrichtig. Sollte man da nicht in Frankreich meinen, der Tag der Rache sei gekommen, denn Fraktionswirtschaft und Parteihader hätten das Deutsche Reich schon so zerrüttet, daß es dem Ansturm der Gegner erliegen müsse, und wenn der Krieg hereinbräche, fehle der Rückhalt, den ein Volksheer unserer Zeit haben muß, die begeisterte Hingabe Aller für das Vaterland?“

Wem die schwankende Haltung der bürgerlichen und der kirchlichen Demokratie gegenüber der Militärvorlage am meisten Behagen bereitet und wer darauf schon jetzt die schönsten Zukunftspläne baut, zeigt ein Leitartikel des sozialdemokratischen „Vorwärts“, der mit folgenden Worten schließt:

„Für uns ist der Weg vorgezeichnet. Wie immer der gegenwärtige Akt der Komödie endigen möge, die deutsche Sozialdemokratie weiß, was sie zu thun hat, und das deutsche Volk wird seine Vertreter scharf überwachen, die Verräther unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Die nächsten Wahlen — gleichviel ob sie jetzt sofort stattfinden oder erst nach anderthalb Jahren — sie werden den Verräthern ein großes Strafgericht sein, und als Anklägerin wird walten und das Urtheil wird vollstrecken die „vernichtete“ Sozialdemokratie.“

„Ungeheuren Jubel“

hat es in Paris hervorgerufen, daß sich die Ausichten für die Militärvorlage wieder verschlechtert hatten. So wird von der Seine an verschiedene Zeitungen telegraphirt. Pariser Blätter wollen angeblich das Ergebnis der Abstimmung durch Extrablätter verbreiten. Jedenfalls behandelt man dort die deutsche Wehrfrage wie eine französische Angelegenheit. Das Bild, das der deutsche Reichstag in den letzten Tagen bot, giebt allerdings hinreichenden Grund zum „Jubel“ der Franzosen.

Von dem diesjährigen Musterungsgeschäft

im Frühjahr, bei dem sämtliche Taugliche festzustellen waren, sind die Berichte zum größten Theile eingegangen. Nach den Mittheilungen des Kriegsministers ist das Ergebnis zu verzeichnen, daß in den Bezirken im allgemeinen vorhanden sind 74 pCt. Taugliche mehr als im Jahre 1890/91. Die Militärvorlage erfordert indessen nur ein mehr von 22 bis 23 pCt., so daß 51 bis 52 pCt. Taugliche mehr als erforderlich noch verfügbar bleiben, sofern das Resultat des Ersatzgeschäfts in den noch ausstehenden Bezirken dasselbe ist, wie in denen, über welche die Berichte schon vorliegen.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser Kaiserpaar ist am Mittwoch Abend von der Reise nach dem Süden nach Potsdam zurückgekehrt. Der

Empfang in der Schweiz

verließ ebenso befriedigend als der in Italien. Der Eindruck, den die Majestäten von ihrem Aufenthalt in der Schweiz und Luzern gewonnen haben, dürfte sich vollkommen dem Eindruck der schönen Tage anschließen, welche sie in Italien verlebten haben: mit freudiger Genugthuung sind sie in die Heimath zurückgekehrt, nachdem sie gesehen, welche Gefühle der Achtung und Freundschaft Italien und die Schweiz für Deutschland empfinden. Der Kaiser beschleunigte die Rückkehr, um bei den Entscheidungen über die Militärvorlage antwefend zu sein. In

brück
werd
komr
des
mini
ansq

bert
herc
Zwi
twoll

ihre
frei
vor
zw
An
10
mu
Di
plä

(P
C)

Z
fr
A
ge
A
b
a
9
b
d
t

a
b

1
:

Karlsruhe

drückte er dem Oberbürgermeister die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, noch in diesem Reichstage zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen. Es gab gute Gründe für diese Hoffnung: Aus Besprechungen des Abg. Freiherrn v. Huene mit dem Reichskanzler und dem Kriegsminister, denen sich weitere Besprechungen mit freisinnigen Abgeordneten angeschlossen, war ein

Antrag Huene

herborgegangen, der zwar die geforderte Präsenzzahl um nahezu 13 000 Mann herabsetzt, aber doch noch die ganze vorgeschlagene Organisation ermöglicht. Zwölf bis fünfzehn freisinnige Abgeordnete schienen sich anschließen zu wollen. Die „Freisinnige Zeitung“ rechnete schon mit der

„Spaltung“

ihrer Partei als mit einer Thatsache. Am Donnerstag aber meldeten freisinnige Blätter, daß sich die „Abtrünnigen“ bis auf 2 oder 3 dem vom Abg. Richter beherrschten Fraktionsgeiste wieder gefügt hätten, und zwar deshalb, weil sie nur in der Mehrheit stimmen wollten und der Antrag Huene doch keine Mehrheit erlangen werde, da sich nur 8 oder 10 Centrumsleute für ihn erklärten. Ist diese Begründung richtig, so muß sie den allerungünstigsten Eindruck für die freisinnige Partei machen. Die Aussichten für die Vorlage verschlechterten sich ferner dadurch, daß plötzlich, zum ersten Male in der ganzen Session, die 10 franzosenfreundlichen

Elfsaßlothringer

(Protestler) im Reichstage erschienen. Man sagt, daß sie von badischen Centrumsleuten herbeigerufen seien: das wäre wahrhaft kläglich!

Inzwischen begann am Mittwoch die

zweite Lesung.

Der Reichskanzler führte noch einmal mit eindringlicher Ueberzeugungskraft alle wesentlichen Gründe für die Verstärkung unseres Heeres vor. Allein er hätte mit Englezungen reden können, der oppositionelle Fraktionsgeist beharrte auf seinem Nein, wie sich namentlich aus der Rede des Abg. Richter, einer „akrobatischen“ Kunstleistung, ergab. Im Namen der verbündeten Regierungen sprach der Kanzler den Konservativen den Dank aus, daß sie trotz mancher Bedenken in dieser Lage fest an die Seite der Regierung getreten sind. In der Erwiderung auf die Richtersche Zahlenrede vom Donnerstag bezeichnete er den Antrag Huene als die Parole für den künftigen Wahlkampf, wenn es der Reichstag dazu kommen lasse. Wie die Konservativen werden die Reichspartei, die Nationalliberalen und die Polen geschlossen für das Kompromiß eintreten.

Angeichts der Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen ist die am Mittwoch, ausschließlich unter dem Eindruck der Militärfrage, in einem der größten deutschen Wahlkreise, in

Dortmund

stattgehabte Reichstagswahl von besonderem Interesse. Wie im Jahre 1890 ist auch jetzt eine Stichwahl zwischen dem nationalliberalen und dem sozialdemokratischen Kandidaten notwendig, falls die Auflösung nicht dazwischen tritt. Der nationalliberale Kandidat Möller hat nach den vorliegenden Meldungen nahe an 15 000 Stimmen erhalten gegen 11 815 im Jahre 1890, also ungefähr 3 000 Stimmen mehr. Auch der Sozialdemokrat Tölcke hat einen Stimmenzuwachs von 10 422 auf 15 300. Das Centrum hat es selbst durch die Aufstellung eines Klerikal-Demokraten, Lenzing, nicht, wie erwartet, dahin gebracht, mit dem Nationalliberalen oder dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu gelangen und ist um 3 000 hinter den nationalliberalen Stimmengahl zurückgeblieben. Verloren haben der Deutsch-Freisinn etwa 2 500, die Demokraten 1 000 Stimmen.

Ueber die

Landtagsverhandlungen

fassen wir uns dies Mal kurz. Das Abgeordnetenhaus hat das Kommunalabgabengesetz in zweiter Lesung zu Ende beraten. Dagegen hat es den Rest des Gesetzentwurfes über die Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienstetkommens der Volksschullehrer, über dessen § 1 im Zusammenhange mit den Steuergesetzen beschlossen worden, abgelehnt. Wegen der Aenderungen, die das Herrenhaus an dem Wahlgesetze vorgenommen hat, muß dieses wieder an das Abgeordnetenhaus zurückgehen. Am Sonnabend soll hier in die dritte Lesung der beiden ersten Steuergesetze (Aufhebung der staatlichen Realsteuern, Ergänzungssteuer) eingetreten werden. Ihrem Zusammenhang mit dem Wahlgesetze, das erst in drei Wochen aus dem Herrenhause zurückkommt, soll dadurch Rechnung getragen werden, daß die Schlussabstimmung über das Ergänzungssteuergesetz erst nach der Erledigung des Wahlgesetzes stattfindet.

Die Städte

Danzig und Thorn

feiern am 7. d. Mts. ihre hundertjährige Vereinigung mit der Preussischen Monarchie. Möge beiden Städten, welche in guten und in bösen Tagen, ihrem Huldigungseide getreu, sich bewährt haben, in alle Zukunft unter dem Scepter der Hohenzollern eine glückliche Entwicklung beschieden sein!

Aus dem Auslande.

In

Belgien

hat nunmehr auch der Senat dem neuen Wahlgesetz zugestimmt. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Nyffen, welcher das Mehrstimmensystem einführt, mit 52 gegen 1 Stimme angenommen, 14 Mitglieder enthielten sich der Stimme.

In

Frankreich

sind die Differenzen, welche zwischen Senat und Deputirtenkammer herrschten, beigelegt worden; die Deputirtenkammer hat den Entwurf eines Patentgesetzes in der Fassung des Senats und ferner das vom Senat votirte Gesetz über die Börsensteuer angenommen. Das Budget wurde mit 417 gegen 48 Stimmen genehmigt. Auch der Senat hat das Budget den Beschlüssen der Deputirtenkammer entsprechend angenommen. — Constans hat einen ihm angebotenen Botschafterposten abgelehnt, man nimmt daher an, er erwarte bald wieder in die Regierung einzutreten. — Der 1. Mai ist in Paris wie überall ohne ernstere Zwischenfälle vorübergegangen. Es fand zwar ein Aufruhr statt, bei dem u. A. der sozialistische Deputirte Vaubin verhaftet wurde und die Regierung wurde deswegen interpellirt, doch mißt man diesen Vorgängen keine Bedeutung bei. — In Dahomey behauptet König Behanzin noch immer im Norden das Feld.

In

England

bewegt der Kampf um die Homerulevorlage nach wie vor die Gemüther, wenn die Vorlage jetzt auch nicht im Unterhause zur Berathung steht. Die Führer der Unionisten sind zusammengetreten, um sich über die von ihnen einzuschlagende Taktik zu einigen. — In Unterhause wurde bei der Fortsetzung der Budgetdebatte die vorgeschlagene Erhöhung der Einkommensteuer von 6 auf 7 Pence angenommen. Das Budget wurde in zweiter Lesung ohne besondere Abstimmung genehmigt. — Die jüngsten durch die Homerulevorlage hervorgerufenen Unruhen zwischen evangelischen und katholischen Arbeitern in Belfast wurden vom Staatssekretär Morley eingehend besprochen. Es sei zu hoffen, daß in wenigen Tagen die herrschende Erbitterung beseitigt sein werde, die Führer seien ernstlich bestrebt, den Frieden aufrecht zu erhalten. —

Am Montag kam im Unterhause die Frage der ägyptischen Politik Englands zur Sprache. Charles Dilke hatte den Antrag gestellt, zu beschließen, daß die Zeit gekommen sei, in welcher die von den verschiedenen Administrationen Aegyptens wegen der Verwaltung des Landes gegebenen Erklärungen verwirklicht werden sollten. Darauf hielt Gladstone eine längere Rede, aus der hervorging, daß er von seiner früheren Ansicht der schleunigen Aufgabe Aegyptens zurückgekommen ist. Der Antrag Dilke wurde hierauf ohne besondere Abstimmung verworfen.

In

Norwegen

hat sich die Ministerkrise länger hingezogen, als man glaubte, sie hat dann aber doch das erwartete Ende gefunden. Der König empfing den Staatsminister Stang und ersuchte ihn, die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehmen. Stang erklärte sich dazu bereit. Das konservative Ministerium hat sich darauf, nachdem im Staatsrath die Demission des Ministeriums Steen angenommen war, konstituiert. Ob freilich diese Lösung eine endgiltige sein wird, muß abgewartet werden, da das Storting auf Seiten des früheren Ministeriums steht und man kaum annehmen kann, daß es sich mit der verlangten Zurückstellung der Consulatsfrage auf ein Jahr einverstanden erklären wird.

Die

Bulgarischen

Neuwahlen haben ein für die Regierung äußerst günstiges Resultat ergeben. Die regierungsfreundlichen Kandidaten, darunter sämtliche Minister, sind gewählt worden. Nach der Abstimmung wurden den Ministern von den Wählern Ovationen dargebracht. — Die Gerüchte über eine beabsichtigt gewesene Reise des Fürsten nach Konstantinopel entbehren nach einem Artikel der Swoboda jeder Begründung.

Auf

Cuba

ist eine Revolution ausgebrochen, Trupps bewaffneter Insurgenten durchziehen die Insel und haben bedeutenden Schaden angerichtet. Die spanische Regierung hat sofort energische Maßnahmen getroffen: Zur Unterdrückung des Aufstandes sind 500 000 Peseta bewilligt und Truppenverstärkungen abgesandt; die aufständische Bewegung hat sich daher nicht weiter verbreitet.

In

Nord-Amerika

ist die Weltausstellung in Chicago durch den Präsidenten Cleveland unter Entfaltung großen Pompes am 1. Mai feierlich eröffnet worden. Freilich ist die Ausstellung noch lange nicht fertig. Die deutsche Abtheilung, die am weitesten vorgeschritten ist, findet allgemeine Anerkennung und ist auch vom Präsidenten Cleveland besonders ausgezeichnet worden.